



München und
Oberbayern

IHK für München und Oberbayern | 80323 München

Wolfgang Demmelmeier e.K.
Herderstr. 12 B
85055 Ingolstadt

11. Sep. 2018
OSCH

Ansprechpartner/in	Unser Zeichen	Telefon	E-Mail	Datum
Larissa Scheidler	sdl	+49 89 5116 1184	Scheidler@muenchen.ihk.de	06.09.2018
				Seite 1

Erlaubnis nach § 34c Absatz 1 Satz 1 GewO

Antragsteller/-in:

Familienname: Demmelmeier
Vorname(n): Wolfgang
Geburtsdatum: 27.01.1967
Betriebliche Anschrift: Wolfgang Demmelmeier e.K.
Herderstr. 12 B
85055 Ingolstadt

Auf Antrag vom 02.08.2018 erteilt die IHK für München und Oberbayern dem/der Antragsteller/-in die Erlaubnis nach § 34c Absatz 1 Satz 1 GewO,

gewerbsmäßig das gemeinschaftliche Eigentum von Wohnungseigentümern im Sinne des § 1 Absatz 2, 3, 5 und 6 des Wohnungseigentumsgesetzes oder für Dritte Mietverhältnisse über Wohnräume im Sinne des § 549 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu verwalten (Wohnimmobilienverwalter gemäß § 34c Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 GewO).

Gründe:

Der/die Antragsteller/-in beantragte bei der IHK eine Erlaubnis nach § 34c Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 GewO.

Die IHK ist für den Erlass des Bescheides sachlich und örtlich zuständig.

Die im Rahmen des Erlaubnisverfahrens beizubringenden Unterlagen und Nachweise sind vorgelegt worden.

Tatsachen, die die Versagung der beantragten Erlaubnis rechtfertigen würden, sind im Erlaubnisverfahren nicht bekannt geworden.

Die für die Erlaubniserteilung als Wohnimmobilienverwalter notwendige Berufshaftpflichtversicherung nach § 34c Absatz 2 Nummer 3 GewO wurde nachgewiesen.

Die Erlaubnis nach § 34c Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 GewO war deshalb antragsgemäß zu erteilen.

091100|5791563-180906-1550|4627927|3.58.00 (CS)/20.08.08.29/22.01.399813/6.883

Bitte beachten Sie folgende Hinweise:

Die Erlaubnis nach § 34c Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 GewO ist gültig im gesamten Bundesgebiet. Sie berechtigt den/die Erlaubnisinhaber/-in, die im Bescheid genannten gewerblichen Tätigkeiten auszuüben.

Die einschlägigen Bestimmungen der Makler- und Bauträgerverordnung (MaBV) in der jeweils geltenden Fassung müssen beachtet und eingehalten werden.

Wohnimmobilienverwalter sind verpflichtet, den Versicherungsschutz während der gesamten Tätigkeit aufrechtzuerhalten. Wird der Vertrag über die Berufshaftpflichtversicherung beendet, ist der örtlich zuständigen Erlaubnisbehörde unverzüglich der Abschluss einer neuen Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen. Ohne diesen Nachweis wird die vorliegende Erlaubnis als Wohnimmobilienverwalter gemäß § 34c Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 GewO widerrufen, es sei denn, der/die Erlaubnisinhaber/-in verzichtet auf die Erlaubnis.

Wohnimmobilienverwalter sind verpflichtet, sich in einem Umfang von 20 Stunden innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren weiterzubilden; das Gleiche gilt entsprechend für unmittelbar bei der erlaubnispflichtigen Tätigkeit mitwirkende beschäftigte Personen. Für den/die Erlaubnisinhaber/-in ist es ausreichend, wenn der Weiterbildungsnachweis durch eine im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Wahrnehmung der erlaubnispflichtigen Tätigkeit angemessene Zahl von bei dem/der Erlaubnisinhaber/-in beschäftigten natürlichen Personen erbracht wird, denen die Aufsicht über die direkt bei der Tätigkeit als Wohnimmobilienverwalter mitwirkenden Personen übertragen ist und die den/die Erlaubnisinhaber/-in vertreten dürfen.

Der/die Erlaubnisinhaber/-in hat der für die Erlaubniserteilung nach § 34c Absatz 1 GewO jeweils zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen, welche Personen jeweils mit der Leitung des Betriebs oder einer Zweigniederlassung beauftragt sind. In der Anzeige sind Name, Geburtsname, sofern er vom Namen abweicht, Vornamen, Staatsangehörigkeit/-en, Geburtstag und -ort sowie die Anschrift der betreffenden Person/-en anzugeben.

Der Beginn der Ausübung des selbstständigen Betriebes eines stehenden Gewerbes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle ist der jeweils zuständigen Gemeinde am Ort der künftigen Betriebsstätte anzuzeigen, § 14 Absatz 1 GewO. Dies gilt auch für eine Verlegung des Betriebssitzes, eine Änderung des Unternehmensgegenstandes und die endgültige Aufgabe der Ausübung des Gewerbebetriebes. Die Pflicht zur Gewerbeanzeige entfällt weder durch die Erteilung der Erlaubnis noch durch eine Eintragung in ein Register (z. B. Handelsregister).

Freundliche Grüße

IHK für München und Oberbayern

J. Scheidter



In Abdruck an

Stadt Ingolstadt
Rathausplatz 4
85049 Ingolstadt

Rechtsbehelfsbelehrung siehe nachfolgende Seite

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage kann schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen¹ Form erhoben werden.

Zur örtlichen Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte in Bayern beachten Sie bitte die umseitige Übersicht.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

09110015781863-180906-15501462792713.58.00 (CS)/2016.06.29/2201 (1898117/161893)

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

¹ Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Klageerhebung entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Bitte wenden

Örtliche Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte:

Örtlich zuständig für eine Anfechtungsklage gegen diesen Bescheid ist das Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der Beschwerzte seinen Sitz oder Wohnsitz hat. Fehlt ein solcher Sitz oder Wohnsitz des Beschwerzten innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der IHK für München und Oberbayern (Bayern mit Ausnahme des Kammerbezirks Aschaffenburg), kann die Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht München erhoben werden (§ 52 Nummer 3 Satz 2 und 3, Nummer 5 VwGO).

Bayerisches Verwaltungsgericht Ansbach Postanschrift: Postfach 616, 91511 Ansbach Hausanschrift: Promenade 24 – 28, 91522 Ansbach	Regierungsbezirk Mittelfranken: Kreisfreie Städte: Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach, Ansbach Landkreise: Nürnberger Land, Erlangen – Höchststadt, Fürth, Roth, Weißenburg – Gunzenhausen, Ansbach, Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim
Bayerisches Verwaltungsgericht Augsburg Postanschrift: Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg Hausanschrift: Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg	Regierungsbezirk Schwaben: Kreisfreie Städte: Augsburg, Kaufbeuren, Kempten, Memmingen Landkreise: Aichach-Friedberg, Augsburg, Dillingen an der Donau, Donau-Ries, Günzburg, Lindau, Neu-Ulm, Oberallgäu, Ostallgäu, Unterallgäu
Bayerisches Verwaltungsgericht Bayreuth Postanschrift: Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth Hausanschrift: Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth	Regierungsbezirk Oberfranken: Kreisfreie Städte: Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof Landkreise: Bamberg, Bayreuth, Coburg, Forchheim, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels, Wunsiedel im Fichtelgebirge
Bayerisches Verwaltungsgericht München Postanschrift: Postfach 20 05 43, 80005 München Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München	Regierungsbezirk Oberbayern: Kreisfreie Städte: Landeshauptstadt München, Ingolstadt, Rosenheim Landkreise: Altötting, Bad Tölz – Wolfratshausen, Berchtesgadener Land, Dachau, Ebersberg, Eichstätt, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg/Lech, Miesbach, Mühldorf a. Inn, München, Neuburg – Schrobenhausen, Pfaffenhofen a.d. Ilm, Rosenheim, Starnberg, Traunstein, Weilheim-Schongau
Bayerisches Verwaltungsgericht Regensburg Postanschrift: Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg Hausanschrift: Haidplatz 1, 93047 Regensburg	Regierungsbezirk Oberpfalz: Kreisfreie Städte: Amberg, Regensburg, Weiden Landkreise: Amberg-Sulzbach, Cham, Neumarkt, Neustadt a.d. Waldnaab, Regensburg, Schwandorf, Tirschenreuth Regierungsbezirk Niederbayern: Kreisfreie Städte: Landshut, Passau, Straubing Landkreise: Deggendorf, Dingolfing-Landau, Freyung-Grafenau, Kelheim, Landshut, Passau, Regen, Rottal-Inn, Straubing-Bogen
Bayerisches Verwaltungsgericht Würzburg Postanschrift: Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg Hausanschrift: Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg	Regierungsbezirk Unterfranken Kreisfreie Städte: Aschaffenburg, Schweinfurt, Würzburg Landkreise: Aschaffenburg, Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Main-Spessart, Miltenberg, Rhön-Grabfeld, Schweinfurt, Würzburg